

Ja zum Schutz vor Hass – jetzt kommt der Kampf um die Ehe

Befürworter feierten in Bern den Abstimmungserfolg. Sie sehen ihn als positives Zeichen in Richtung Gleichstellung bei Kind und Familie.

Anna Miller

BERN. Hätte die Stimmbevölkerung heute Nein gesagt, wäre er wohl ein paar Tage untergetaucht, sagt Florian Vock, vielleicht hätte er sogar psychologische Hilfe in Anspruch genommen. Er, Präsident des nationalen Komitees «Ja zum Schutz vor Hass», hat seit Monaten die Schweiz mobilisiert, gegen Hass anzukämpfen, der seiner Community täglich entgegen schlägt. Und so geht ihm die Abstimmung «nicht nur politisch nahe, sondern auch persönlich». Vock ist 29 Jahre alt, seit über einem Jahrzehnt in der Politik. Er ist wie viele hier auf der Grossen Schanze in Bern überdurchschnittlich nervös. Weil die Resultate ihn persönlich betreffen. Um 12.09 Uhr mittags, als die ersten Hochrechnungen verkündet werden, ist er sehr erleichtert. Und sagt: «Das ist nun ein Richtungsentscheid. Ein fantastisches Resultat.»

Vielen, die kurz nach 12 den ersten Hochrechnungen entgegen bangten, mit Regenbogenfahnen und Handys bewaffnet, geht es um die grosse Symbolik. Um die Frage, ob die Schweizer Bevölkerung Minderheiten schützt. Ob für die Homo- und Bisexuellen in diesem Land immer stärker gelten kann: Gleiche Rechte für alle, egal, wen du liebst und begehrst. «Heute tritt die gesellschaftspolitische Haltung einer ganzen Nation zutage», sagt Vock; man lebe in einer offeneren und für alle besseren Gesellschaft, wenn eine Gesellschaft Minderheiten klar und offen schützt. Vorne auf dem Platz vor dem Restaurant scheint die Sonne auf den Asphalt, und einer sagt zum anderen: Heute haben sich die Grenzen des Sagbaren verschoben. «Wenn das Gesetz etwas nicht mehr erlaubt, ist das auch präventiv ein Signal - dann wird es auch nicht mehr so schnell einfach so passieren. Nicht nur, weil es juristisch belangt wird, sondern eben auch, weil die Schweizer Bevölkerung klar sagt: So wollen wir nicht miteinander umgehen», sagt Vock.

Mit klarer Mehrheit sagten 63,1 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Ja zur Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm. Wer als Individuum wegen seiner sexuellen Orientierung verbal oder physisch angegriffen wird, kann sich schon heute strafrechtlich wehren. Der Aufruf zu Hass gegen «Die Homosexuellen» aber war bisher zulässig – die Erweiterung der Strafnorm hatte zum Ziel, diese Lücke zu schliessen. Strafbar sind – wie bei Rassismus – weiterhin nur öffentliche Äusserungen oder Handlungen. Stammtischgespräche und Witze bleiben erlaubt. Gegen die vom Parlament beschlossene Änderung des Strafgesetzbuchs hatten Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössisch-Demokratischen Union sowie der Jungen SVP das Referendum ergriffen. Im Vorfeld hatte die Vorlage nicht gross zu Reden gegeben – sie war im Zuge der Gesamterneuerungswahlen im Oktober, der Bundesratswahlen und den Weihnachtsferien ein bisschen untergegangen. Es gab im Vorfeld kaum Zweifel daran, dass das Vorhaben an der



Beim Pro-Komitee ist die Freude nach dem deutlichen Abstimmungssieg gross.

BILD KEY

Urne Erfolg haben wird. Die Stimmbeteiligung am Sonntag war denn auch bei lauen 41 Prozent. Die neue Regelung soll gemäss Bundesrat voraussichtlich per 1. Juli in Kraft treten.

Heiraten, und dann die Samenspende

So erfreut wie Vock sind an diesem Tag auf der grossen Schanze aber nicht alle. Der Applaus bei den ersten Hochrechnungen, die Euphorie, die strahlenden Gesichter, die lauten Jubelschreie halten sich in Grenzen, man schwenkt die Fahnen eher für die Kamera als ausgiebig für sich selbst. Vielleicht mag es daran liegen, dass die Einschätzungen im Vorfeld des Abstimmungssonntags bereits klar in Richtung Ja zeigten. Oder daran, dass einige eher die 40 Prozent Nein sehen als die 60 Prozent Ja. «Für mich heisst das: Fast die Hälfte will uns nicht schützen», sagt eine junge Frau nicht ohne Zorn in der Stimme, «eigentlich sollten es 100 Prozent sein. Ich finde das krass und enttäuschend.»

Für Viele war der Entscheid vor allem ein Gradmesser für die nächsten Schritte. Tamara Funciello, SP, die einzige Parlamentarierin, die sich als bisexuell geoutet hat, eröffnete mit einer emotionalen Rede den politischen Kampf um die «Ehe für alle». Sie sagt: «Den Schwung von heute gilt es nun, ins Parlament

«Das ist nun ein Richtungsentscheid. Ein fantastisches Resultat.»

Florian Vock
Präsident Pro-Komitee

zu tragen.» Denn: «Der Bundesrat will einfach auch noch ein wenig das Regenbogenfahni schwingen», doch die konkreten Vorschläge seien unzureichend.

Gemäss Bundesrat soll zunächst der Grundgesetz geregelt werden, dass auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Weitere Fragen – insbesondere der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin – sollen vertieft geprüft und zu einem späteren Zeitpunkt gesondert diskutiert werden. Bundesrätin Karin Keller-Suter sagte im Anschluss an die Pressekonferenz am Sonntag, diese Punkte seien im Moment nicht mehrheitsfähig. «Und es gibt Vertiefungsbedarf – einige rechtliche Fragen sind noch zu klären.»

Anna Rosenwasser, Präsidentin der Lesbianorganisation Schweiz, sagt: «Wir wollen keine Partnerschaft Plus, sondern eine Ehe, die uns die gleichen Rechte und Pflichten gibt wie jedem anderen heterosexuellen Paar. Zum Punkt Samenspende für lesbische Paare sagt sie, die Gegner würden mit einer falschen Idee der Natürlichkeit argumentieren. «Dabei bekommen auch heterosexuelle Paare heutzutage nicht auf dem natürlichen Weg ein Kind.» Rosenwasser steht jetzt mit Prosecco-Glas unter einem goldenen Konfetti-Regen, der aus der Kanone schiesst. «ein guter Tag, und noch viel zu tun».

Aber mit der Erweiterung der Antirassismusstrafnorm werden Hass und Hetze gegen homo- und bisexuelle Menschen nicht verschwinden. Das Strafrecht bietet heute schon genügend Möglichkeiten, um gegen homophobe Attacken vorzugehen.

Was hilft gegen Homophobie?

Frauchiger: Akzeptanz erreichen wir nur mit Gleichberechtigung und Normalität. Wir brauchen die Ehe für alle inklusive dem Adoptionsrecht.

Sie kämpften Seite an Seite mit konservativen Gruppierungen, welche die Öffnung der Ehe ablehnen.

Frauchiger: Wir haben extra ein eigenes Sonderrechtekomitee gegründet. Wir

hatten zwar das gleiche Ziel wie das andere Komitee, doch unser Argumentarium war ein anderes. Unser Engagement hat sich gelohnt. Man versuchte, uns mundtot zu machen, doch wir haben eine anständige Diskussion geführt.

Werten Sie das Resultat auch als Signal für die Ehe für alle?

Frauchiger: Nein. Ich wünschte mir zwar, dass die Abstimmung über die Ehe für alle gleich rauskommt, und ich glaube auch, dass sie mehrheitsfähig ist. Aber es besteht keinerlei Verbindung zwischen der Ausweitung des Antirassismusgesetzes und der Öffnung der Ehe.

Was sind Ihre Erwartungen an die Auswirkungen des Diskriminierungsver-

Kommentar

Das Ja ist ein Schritt in die richtige Richtung

Es ist ein ermutigendes und deutliches Signal für die Schwulen, Lesben und Bisexuellen in diesem Land, selbst wenn das Resultat zu erwarten war: Über 63 Prozent des Stimmvolkes möchte nicht, dass Menschen mit einer anderen Lebensform diskriminiert, herabgewürdigt oder schlecht-



Andrea Tedeschi
Inlandredaktorin

andrea.tedeschi@shn.ch

«Bis Homosexuelle in unserer Gesellschaft ganz akzeptiert sind, ist es noch ein weiter Weg.»

ter gestellt werden als die Mehrheit. Nur drei Kantone waren knapp dagegen: Appenzell-Innerroden, Schwyz und Uri. Dennoch haben sich in eher ländlichen Gebieten, in denen religiöse Kreise und die Junge SVP besonders aktiv dagegen kämpfen, eine Mehrheit für den strafrechtlichen Schutz der Homosexuellen ausgesprochen.

Dass die freie Rede, der freie Glaube oder das freie Gewerbe mit der Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm leiden könnte, wie die Gegner zum Beispiel argumentierten, hat nicht überzeugt und ist nicht zuletzt auf die Erfahrungen der letzten 25 Jahre zurückzuführen. Die Einführung der Anti-Rassismus-Strafnorm hat gezeigt, dass sie die Freiheiten in den einzelnen Bereichen nicht eingeschränkt hat. Andererseits gibt es auch diese Realität: dass die Strafnorm mit rund 25 Urteilen pro Jahr zu wenig zielführend ist, um negative Einstellungen gegenüber Homo- und Bisexuellen abzubauen. Änderungen der Haltung müssen im Kopf beginnen. Ausserdem ist die Anti-Rassismus-Strafnorm nicht konsequent, weil sie andere Minderheiten oder Gruppen im Gänzlich ausschliesst: Behinderte zum Beispiel, Männer oder Frauen, Dicke und Dünne. Deswegen kritisieren Strafrechtsexperten schon länger, dass die Strafrechtsbestimmung selektiv und in sich diskriminierend ist.

Trotzdem wäre es nicht nachvollziehbar gewesen, dass Aufrufe zu Hass gegen rassische, ethnische oder religiöse Gruppen strafbar sind, dieselbe Bestimmung nicht aber für Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung gelten sollte. Denn, und das hat der Abstimmungskampf gezeigt: Bis Homo- und Bisexuelle in unserer Gesellschaft ganz akzeptiert sind, ist es noch ein weiter Weg.

Notes

Frauchiger: Ich erwarte, dass der Artikel nur im Extremfall angewendet und nicht ausgenutzt wird. Ich befürchte etwa, dass bei der Diskussion um die «Ehe für alle» Gegner angezeigt werden könnten. Doch solche politische Diskussionen dürfen nicht durch das Strafrecht beeinträchtigt werden.

Bei der Ehe für alle ist umstritten, ob lesbische Paare Zugang zur Samen-spende erhalten sollen.

Frauchiger: Ich befürworte die Samen-spende. Denn homosexuelle Paare sollen die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle Paare.

Interview: Doris Kleck

War das nur der Anfang?

Nach dem Nein zur Wohnungsinitiative stellt sich die Frage, wie es nun weitergeht. Der Mieterschutz steht unter Druck.

Sven Altermatt

BERN. Eine klare Sache ist das: Volk und Stände lehnen die Wohnbauinitiative mit 57,1 Prozent Nein-Stimmen ab. Nur vier Westschweizer Kantone und Basel-Stadt finden, dass der gemeinnützige Wohnungsbau stärker gefördert werden muss. Unter anderem sollten mit der Initiative gesamtschweizerisch mindestens zehn Prozent der neugebauten Wohnungen im Eigentum gemeinnütziger Träger sein. Doch davon will das Stimmvolk ebenso wenig wissen wie von einem Vorverkaufsrecht für Kantone und Gemeinden.

Den Zuspruch in den grossen Städten werten die Initianten immerhin als Achtungserfolg. «Die Städter haben damit klar zum Ausdruck gebracht, dass das Problem teurer Wohnungen gross ist», sagt Natalie Imboden, Generalsekretärin des Mieterverbandes. Diese Einschätzung relativieren die Gegner der Initiative. Aus der Sicht von Hans Egloff, dem Präsidenten des Hauseigentümerverbandes, kann man gerade in den Grossstädten beobachten, wie der gemeinnützige Wohnungsbau nach Kräften gefördert wird: «Mit massgeschneiderten Lösungen vor Ort.» Die meisten der grossen Städte erfüllen die 10-Prozent-Quote bereits, unterstreicht Egloff. «Das zeigt, wie untauglich die Initiative gewesen wäre.»

Einfacher zu höheren Mieten

Die Initiativgegner geben sich nach der gewonnenen Abstimmung betont zurückhaltend. «Es wäre ein Fehler, jetzt übermütig zu werden», sagt Egloff. Doch die politische Agenda spielt den Immobilienverbänden in die Hände. Im Parlament sind mehrere Vorstösse hängig, mit denen sie das Mietrecht weichen wollen. Ihr Ziel: Vermieter sollen etwa mehr Rendite erzielen und einfacher höhere Mieten durchsetzen können. Von einem «masselosen Angriff» spricht Imboden vom Mieterverband. «Der schlechte Schutz der Mieter soll weiter ausgehöhlt werden», sagt sie.

Den Argwohn der Mieterlobby erregt besonders eine parlamentarische Initiative von FDP-Nationalrat Olivier Feller, der übersetzte Mieten neu definieren will. Heute gibt eine Miete laut einem Bundesgerichtsentscheid von 1986 dann als hoch, wenn der Vermieter eine Rendite erzielt, die mehr als einen halben Prozentpunkt über dem Referenzzinssatz liegt. Diesen Wert will Feller von 0,5 auf 2 Prozentpunkte erhöhen. Er spricht von einer «zeitgemässen Berechnung». Zudem muss endlich der Gesetzgeber formell die Berechnungsmethode der zulässigen Rendite festlegen.



Volk und Stände haben die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» abgelehnt. Im Parlament laufen bereits einige Vorstösse, die den Mieterschutz aufweichen könnten. Im Bild: Die Siedlung Kanzlei in Zürich.

BILD KEY

«In vielen gemeinnützigen Wohnungen leben Leute, die es gar nicht nötig hätten.»

Hans Egloff
Präsident des Hauseigentümerverbandes

«Es geht nur um Profitgier», findet dagegen Imboden. Das Prinzip der Kostenmiete würde so faktisch aufgelöst. Obwohl sich die zuständige Ständeratskommission dagegengestellt hatte, hielt der Nationalrat an Fellers Initiative fest. Sollte diese im Parlament durchkommen, droht der Mieterverband bereits mit dem Referendum. Festgehalten hat der Nationalrat noch in alter Zusammensetzung auch an zwei weiteren Initiativen aus freisinniger Feder. Nationalrat Philippe Nantermod will die Anfechtbarkeit von missbräuchlichem Anfangsmietzins und übersetztem Mietertrag auf Märkte mit Wohnungsmangel einschränken. Herrsche ein Wohnungsüberschuss, seien es schliesslich nicht unbedingt die Mieter, die geschützt werden müssten, ist er überzeugt. Falsch, hält der Mieterverband dagegen: Auch ohne Mangel sei es für Mieter oft nicht möglich, hohen Zinsen auszuweichen.

Genossenschaften im Visier

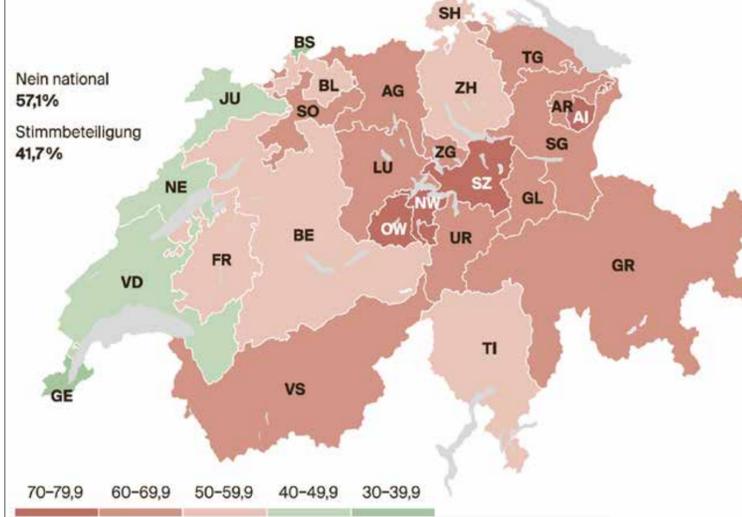
Daneben stammt aus dem Umfeld der Immobilienverbände eine ganze Reihe weiterer Vorstösse, die auf den Mieterschutz zielt. Bereits angenommen haben die beiden Räte eine

Initiative von Hauseigentümer-Präsident Egloff. Der frühere SVP-Nationalrat verlangte, dass Mietzinse nur dann als missbräuchlich angefochten werden können, wenn sich der Mieter wegen einer Notlage zum Vertragsabschluss gezwungen sah.

Trotz selbst auferlegter Zurückhaltung: Nach dem Nein zur Wohninitiative sieht die Vermieterlobby auch bei den Genosschaften noch Handlungsbedarf. «In vielen gemeinnützigen Wohnungen leben Leute, die es gar nicht nötig hätten», sagt Hans Egloff. Jeder vierte Bewohner gehöre zu den reichsten 40 Prozent im Land. «Die Belegungsvorschriften sind ungenügend, erst recht, weil diese Wohnform mit Steuergeldern begünstigt wird.» Zudem bringt Egloff erneut Wohnbeihilfen ins Spiel – über die sogenannte Subjektive Hilfe sollen Bedürftige direkt unterstützt werden. Dies sei zielführender als die Objektive Hilfe, mit der das Geld per Giesskanne in den Bau preiswerter Wohnungen fliessen. Der Mieterverband sieht einen solchen Systemwechsel kritisch: Damit subventioniere die öffentliche Hand bloss zu teure Mietpreise privater Immobilienbesitzer. Mietpreise würden angeheizt statt gedämpft.

Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Nein-Anteile in Prozent



Die Wohnungsinitiative hatte nur in wenigen Kantonen der Westschweiz eine Chance. Der Fraktionsratspräsident der Grünen und Initiant Balthasar Glättli räumt nach der Niederlage ein, den Initianten sei es zu wenig gelungen, aufzuzeigen, dass die vorgeschlagenen Mittel sehr föderalistisch hätten wirken können. Laut Kurt Fluri, Präsident des Schweizerischen Städteverbands, wird die Wohnbaupolitik nach dem Nein des Stimmvolks zur Wohnbauinitiative nun auf jene Ebene verlagert, wo sie hingehört: zu den Kantonen und Gemeinden.

QUELLE: ADMIN.CH / GRAFIK: ISI

Nachgefragt

«Nur Gleichberechtigung hilft»

Michael Frauchiger ist homosexuell. Doch der Zürcher SVP-Politiker kämpfte als Co-Präsident des LGBTI-Komitees «Sonderrechte NEIN!» gegen die Ausweitung der Antirassismusstrafnorm.

63 Prozent der Stimmbevölkerung wollen einen stärkeren Schutz für Homosexuelle. Wie werten Sie die Niederlage?

Michael Frauchiger: Das ist keine Niederlage, sondern eine verpasste Chance. Wir wollten ein Zeichen setzen, dass sich ein Gesinnungswandel nicht per Gesetz verordnen lässt. Die Stimmbevölkerung sah das anders.

Die Stimmbürger wollten ein Zeichen setzen gegen Hass!

Frauchiger: Ja, das ist ein Zeichen.



«Das ist keine Niederlage, sondern eine verpasste Chance.»

Michael Frauchiger
Zürcher SVP-Politiker